Uwe Carstens Die Initiative Kieler Wohnlager (IKW)

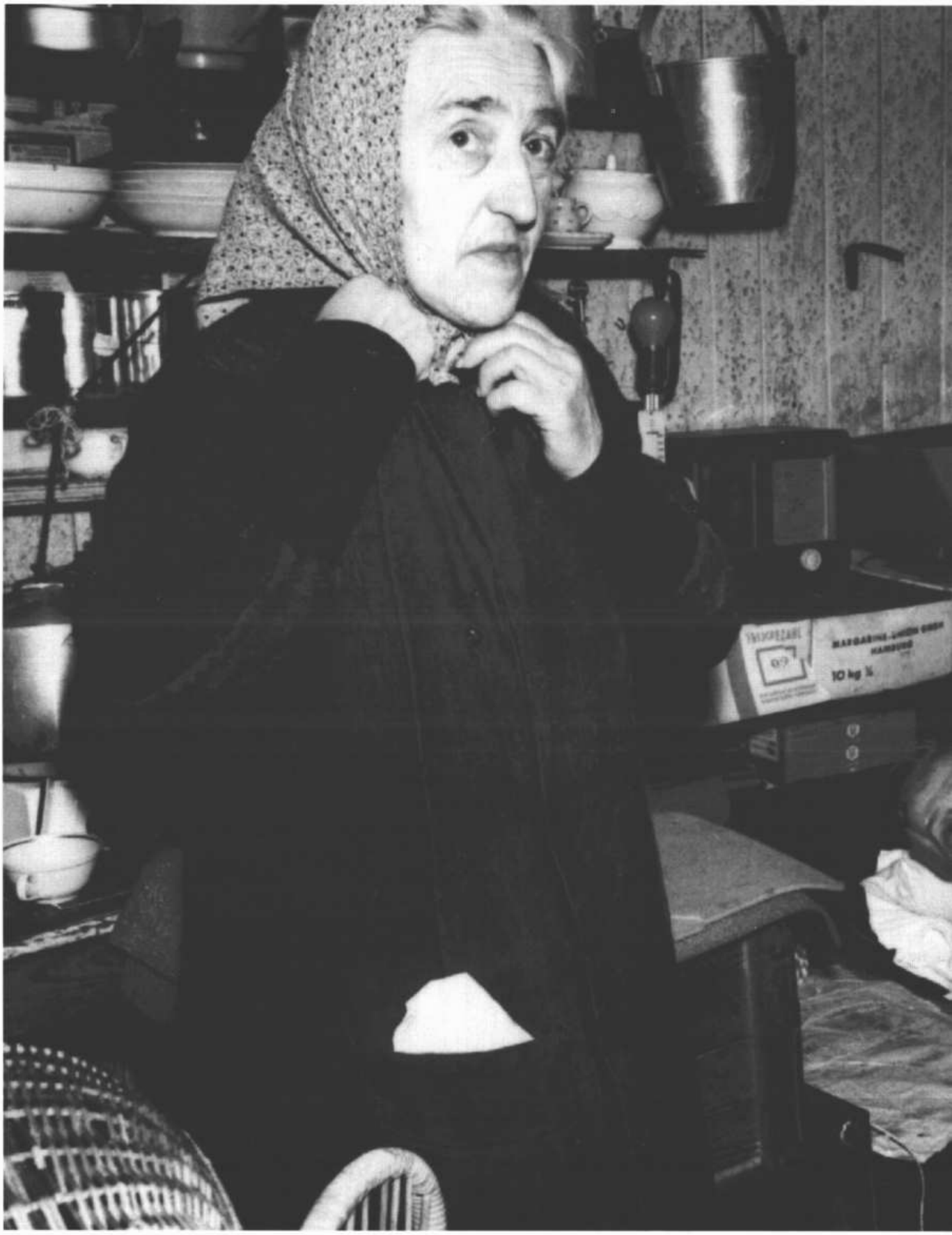
Am Rande unserer Städte, in Nähe von Müllkippen, in Einflugschneisen der Flughäfen, in Gegenden, wo niemand wohnen will, werden die Obdachlosen untergebracht. Abgeschoben, isoliert, gebrandmarkt als Asoziale, verschrien als arbeitsscheu und kriminell. Fast die Hälfte aller Obdachlosen ist aber persönlich schuldlos an ihrer Obdachlosigkeit. Sie werden trotzdem in Asylen zusammengefaßt, in denen Bedingungen herrschen, die seelisch und körperlich krank machen, Bedingungen, die Ehe- und Erziehungsschwierigkeiten produzieren, die Alkohol- und Medikamentenmißbrauch fördern, Bedingungen, die keine Hoffnung zulassen. Obdachlosigkeit und soziale Isolation sind beide Ursache und Wirkung zugleich. Wer in dieses Wechselspiel hineingeraten ist, kommt nur unter sehr großen Anstrengungen wieder heraus. Als Kind in ein Obdachlosenquartier hineingeboren zu sein, kommt lebenslänglicher Verurteilung gleich, wenn keine sozialisierenden Kräfte geweckt werden können, die den Teufelskreis durchbrechen. Anfang der siebziger Jahre wurde die Situation der Obdachlosen als Problem erkannt. Kirchengemeinden, Studentengruppen, Wohlfahrtsverbände wie Diakonisches Werk und Caritas wurden aktiv. In vielen Städten der Republik bildeten sich Initiativen.

Der folgende Bericht aus Kiel soll ein Beispiel für eine solche Initiative aufzeigen.

„Heute abend 20 Uhr, Kiel, Breiter Weg 10 (Nähe Merkur-Kaufhaus) soll ein Verein gegründet werden, der sich ‚Initiative Kieler Wohnlager' nennen wird. Dieser Verein will sich bemü-

Schleswig-Holstein heute

Das südlich der Bahnlinie Kiel-Schönberg in Wellingdorf gelegene Lager Wehdenweg war 1941 als Gemeinschaftslager der Organisation Todt errichtet worden und diente der Stadt Kiel zunächst als Flüchtlingslager und ab 1954 bis zur Auflösung 1965 als Obdachlosenlager. Das Bild zeigt die Lagerleiterbaracke, die später als Laden des Kaufmanns Rösner genutzt wurde.



Das ehemalige Fremdarbeiterlager Hochbrücke wurde 1949 mit Flüchtlingen und ab 1951 überwiegend mit Obdachlosen belegt. Das Bild zeigt zwei alte Frauen, die zwischen ihren Habseligkeiten in der Baracke 6 „wohnen".

Persil
30/1 Pakete
P30
Persil
20 Riesen-Sparpakete

hen, die Probleme der Lagerbewohner zu beseitigen. In diesem Verein können alle Bürger der Stadt Mitglied werden; wir halten es für besonders wichtig, daß auch Lagerbewohner eintreten. Kommen Sie zu unserer Gründungsversammlung am Mittwoch den 29.9.1971, 20 Uhr, Breiter Weg 10.
Mit freundlichem Gruß
Mitarbeiter von Terre des Hommes und Fachhochschule."

Mit diesem Aufruf formierte sich in Kiel eine Initiative, die eine neue Qualität in die Obdachlosenarbeit brachte. Mit unermüdlichem Einsatz, aber auch mit quälenden Streitigkeiten untereinander bestand diese Initiative mehr als 10 Jahre. Als sie sich auflöste, gab es in Kiel nur noch ein Obdachlosenlager, das Lager Solomit.

An der am 29. September 1971 in den Räumen der Fachhochschule Kiel stattgefundenen Gründungsversammlung der IKW nahmen teil:

- Studenten der Fachhochschule unter der Leitung von Herrn Diplom-Psychologen Meier,
- Studenten des Oetker-Hauses,
- Jungsozialisten,
- Bewohner aus den verschiedensten Notunterkünften,
- drei Ratsherren,
- mehrere Pastoren,
- Mitglieder von Terre des Hommes,
- Bedienstete der Stadt Kiel,
- interessierte Bürger.

Die Versammlungsleitung, die von dem Kieler Jungsozialisten Norbert Gansel übernommen wurde, gab die vorgesehene Tagesordnung bekannt:

- Übersicht über die Situation in den Kieler Lagern,
- Kurzberichte über die einzelnen, in den Lagern tätigen Gruppen,
- Diskussion über mögliche Aufgaben des zu gründenden Vereins,
- Gründung und Namensgebung,
- Beschluß über die vorbereitete Satzung,
- Wahl des Vorstandes,
- Diskussion über die nächsten Aufgaben des Vereins,
- Verschiedenes.

Zunächst ging Dipl.-Psychologe Meier auf die Ursachen der Obdachlosigkeit allgemein ein und stellte zwei große Gruppen heraus: Einweisung in Unterkünfte ohne eigenes Verschulden und Einweisung mit eigenem Verschulden.

Seiner Meinung nach gebe es in Kiel fast ausschließlich Leute, bei denen schuldhaftes Verhalten vorliege, wobei es aber über das Wort „schuldhaft" zu Diskussionen Anlaß gebe. Schuldhaft hieße bei 90% der Betroffenen Mietschulden. Notunterkünfte seien in ihrem Zweck dem der Strafanstalten vergleichbar. Speziell abweichendes Wohnverhalten würde bestraft, zum Teil ein Leben lang. Die Lagerauflösungsbemühungen der Stadt, die anliefen, müßten kritisch bewertet werden. Die Umsetzung in ein neues, großes Wohngelände würde das Problem nicht beseitigen, sondern nur verpflanzen. Mietschul-

den könnten nicht immer mit Unwirtschaftlichkeit gleichgesetzt, sondern müßten „durchleuchtet" werden. Oft würden Bau- und Sozialplanungen einer Stadt das Problem begünstigen, z.B. könne ein desintegrierender Faktor sein, daß Menschen im Rahmen der Altbausanierungen aus ihrem Lebens- und Erwerbskreis in einen großen Wohnkomplex hineingesetzt würden, in dem sie weder Erwerbs- noch Integrierungsmöglichkeiten fänden.

Drei Gruppen seien nach seiner Meinung in den Wohnlagern besonders stark vertreten:

1. Alleinstehende,
2. kinderreiche Familien u.
3. junge Familien.

Die Schwierigkeiten des Zurückfindens in normale Wohngebiete für die Lagerbewohner wurden kurz gestreift. Vorurteile und Belastungen ständen ihnen gegenüber, die wirtschaftliche Situation sei meistens angespannt.

Für die Kinder seien schlechte Entfaltungsmöglichkeiten in den Lagern gegeben, alle hätten ausschließlich negative Entwicklungsbedingungen. Das Ergebnis seien starke Sonderschulbedürftigkeit und zahlreiche Bettnässer. Keine negative biologische Auslese und nicht der Alkoholismus seien Ursachen für die Fehlentwicklung, sondern ausschließlich die ungünstigen Milieubedingungen. Die Stadt biete zwar Angebote für Kinder und Jugendliche in den HOT (HOT = Haus der offenen Tür) an, die Fürsorge sei auch tätig, das reiche aber nicht aus. Bürgerinitiativen aus allen Bevölkerungskreisen müßten aktiv werden und helfen.

Zu Punkt zwei der Tagesordnung wurden Kurzberichte der einzelnen Gruppen abgegeben.

Herr Pastor Adolphsen berichtete über die Arbeit in der Friedhofstr. 36 (gute Zusammenarbeit zwischen Familienfürsorge, HOT und Kirche). Familienfreizeiten für die Lagerbewohner würden seit 1970 von der Kirche durchgeführt, praktische Erwachsenenarbeit alle 14 Tage. Eine Aktionsgemeinschaft Friedhofstr. 36 (Solomit) sei gegründet worden, mit deren Unterstützung Starthilfen für ausziehende Familien gegeben werden sollten. Auch eine Kleiderausgabe im Gemeindezentrum sei gegründet worden. Die Gemeindeschwester würde sich einmal wöchentlich um die Bewohner des Hauses Hessen (Solomitbaracke) kümmern.

Zwei Gemeindeschwestern, die im Lager Kollhorst ein Jahr im HOT des evangelischen Gemeindedienstes tätig waren, stellten die Schwierigkeiten der Arbeit unter den primitiven Verhältnissen heraus. Ihr Ziel sei es gewesen, Kontakte zu den Kindern aufzubauen und diese zu aktivieren. Sie hätten mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Strandfahrten in Falckenstein für ca. 50 Kollhorster Kinder durchgeführt.

Der Psychologiestudent Ulrich Thiel berichtete, daß er mit 10 bis 15 Studenten aller Fakultäten mit dem HOT in Kollhorst zusammenarbeite. Die Arbeit der Studenten bestehe aus: Schularbeitenhilfe, Gruppenspielen und Bewegungsspielen. Sie

Kinder aus dem Lager Solomit anno 1951.

planten einen sogenannten Nachhilfekurs für Kinder, damit diese nicht sonderschulbedürftig würden. Seine Erfahrungen seien, daß sich auch freiwillige Helfer über einen längeren Zeitraum zur Verfügung stellen müßten, um sinnvoll tätig werden zu können.

Herr Köhler von den Jungsozialisten Friedrichsort berichtete von der Arbeit mit den Jugendlichen im Grüffkamp. Dort würden zweimal wöchentlich Gruppenabende und Schularbeitenhilfen angeboten.

Frau Kindschus von Terre des Hommes erzählte von ihrer Hilfe mit Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit im Heisterbusch. Sie vertrat die Auffassung, daß für vier Kinder ein Helfer zur Verfügung stehen müsse. Terre des Hommes plane jetzt Erwachsenenarbeit im Heisterbusch.

Zu Punkt drei entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, an der sich auch die Bewohner der Notunterkünfte beteiligten. Im Vordergrund stand die Schule. Es wurden Vorwürfe über ungleiche Behandlung der Kinder laut, die Schule trage Mitschuld an der großen Zahl der Sonderschüler. Herr Rektor Fiering von der Adolf-Reichwein-Schule stellte zur Diskussion, warum die großzügigen Angebote von Ganztagsschulplätzen und Vorschulklassen ineffektiv geblieben seien. Die Lehrer hätten zu einer Besprechung innerhalb des Lagers Friedhofstr.

36 gebeten, diese habe aber wenig Anklang und Erfolg gefunden.

Außer dem Schulproblem wurden Angriffe gegen die Wohnungspolitik der Stadt gerichtet. Der Bau der 48 neuen Wohneinheiten wurde als Fehlplanung abgelehnt, da eine erneute Zusammenballung von Obdachlosen entstehen würde. Als allgemeiner Wunsch aus den Reihen der Bewohner der Notunterkünfte wurde die Abschaffung des Begriffs „Lager" geäußert.

Mit ca. 90 Mitgliedern wurde dann der Verein Initiative Kieler Wohnlager gegründet. Die Satzung wurde genehmigt. Ein siebenköpfiger Vorstand wurde gewählt, zu dem auch ein Vertreter des Lagers Kollhorst gehörte.

Die Diskussion dieser Gründungsversammlung hatte die wesentlichen Probleme, Fragen und Forderungen aufgeworfen, die die weitere Arbeit bestimmen sollten.

Die nächste Versammlung wurde auf den 28. Oktober festgelegt. Norbert Gansel regte an, sinnvolle neue Initiativen zu setzen und mit städtischen Behörden zusammenzuarbeiten.[1]

Am 11. Juli 1972 wurde der Verein IKW in das Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen.

Die mehrfach geänderte Satzung der IKW lautete (auszugsweise) in der Fassung vom 4. April 1973:

„§ 1 Der Verein führt den Namen ‚Initiative Kieler Wohnlager' (IKW). Der Sitz des Vereins ist Kiel. Der Verein wird eingetragen. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dezember 1953 durch Betreuung gefährdeter Jugendlicher und Familien in Obdachlosenlagern.

§ 2 Zweck des Vereins ist:

1. Maßnahmen zur sozialen Betreuung von Kindern und Familien in Obdachlosenlagern anzuregen, zu fördern und zu koordinieren;

2. in den Lagern Jugendabende mit Spielen, Werken und Basteln, Aussprachen und Anregungen für die Berufswahl zu veranstalten und an den Nachmittagen Schularbeitenhilfen zu leisten;

3. mit anderen Trägern der freien Jugendhilfe zusammenzuarbeiten und im Kieler Jugendring mitzuarbeiten;

4. Ursachen der Obdachlosigkeit zu untersuchen;

5. Voraussetzungen für die Eigeninitiative der Obdachlosen zu schaffen und sie in der Vertretung ihrer Interessen zu unterstützen;

6. die Öffentlichkeit über Ursachen und Probleme der Obdachlosenarbeit sachgerecht zu informieren und sie nachdrücklich auf ihre Verantwortung für diese gesellschaftlich benachteiligte Gruppe hinzuweisen;

7. Obdachlosigkeit zu verhindern und zu beseitigen."

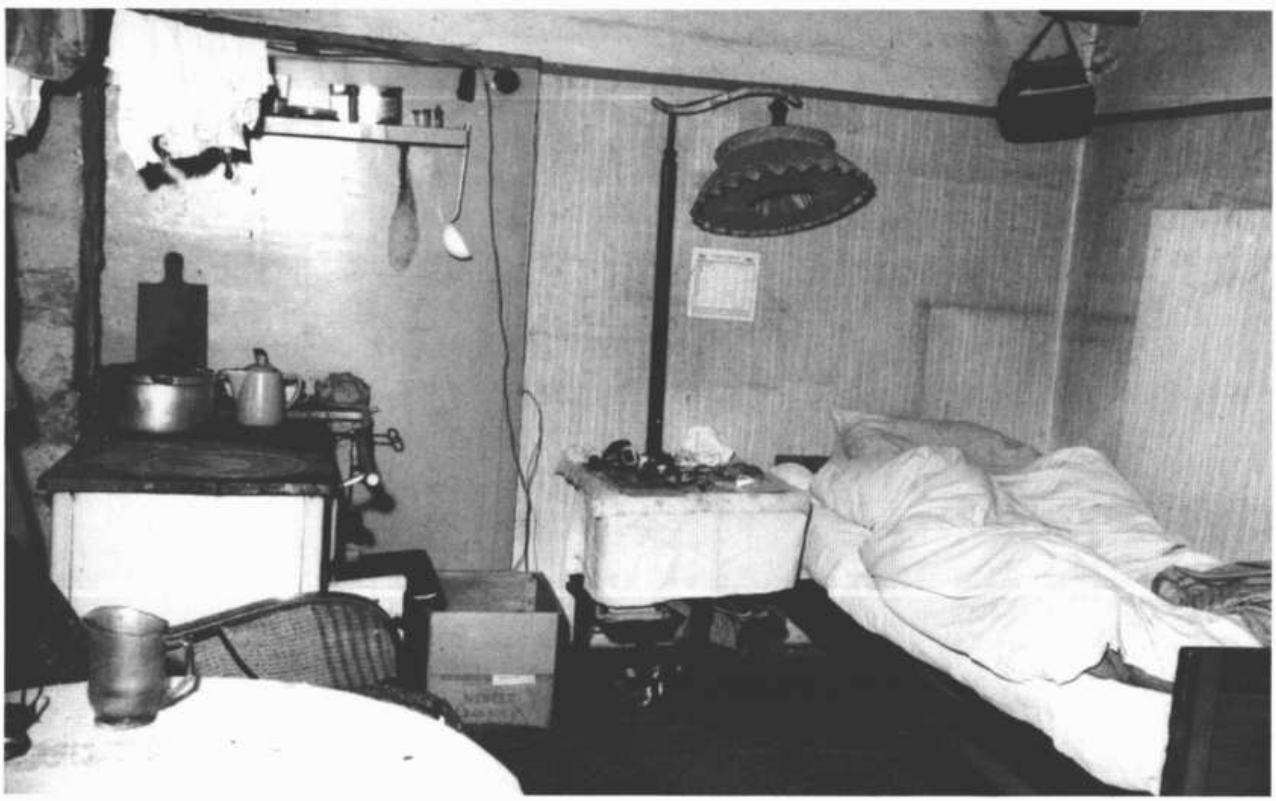
Die Satzung war am 29. September in der Gründungsversammlung mit 3/4 Mehrheit beschlossen worden.[2]

Die Stadt Kiel verfügte zum Zeitpunkt der Gründung der IKW über 11 Behelfswohnstätten, die folgendermaßen belegt waren:

[1] Auszüge aus dem Protokoll der Gründungsversammlung der IKW (Kopie im Archiv des Verfassers.; das betrifft auch nachfolgend zitierte Dokumente).

[2] Satzung der IKW vom 4.4.1973.

Obdachlosenunterkunft in der Baracke Hessen des Lagers Solomit. Das Lager Solomit wurde 1939 als Arbeitsgemeinschaftslager für Dienstverpflichtete errichtet und war von 1956 bis 1979 das größte Obdachlosenlager der Stadt Kiel (700 Bewohner). Solomit wurde erst 1990 aufgelöst.



Obdachlosenunterkunft in der Baracke Hessen des Lagers Solomit. Die Baracke Hessen wurde 1974 geräumt. Im März 1974 brannte sie vollständig nieder.

Die auf dem Bild gezeigte Kochstelle befand sich im Lager Hochbrücke in der Baracke 4. Unter dem Bett lagen die Heiz- und Kartoffelvorräte.

Obdachlosenunterkunft im Lager Kollhorst: Der Küchenraum in der Baracke H dient zum Trocknen der Wäsche.

Lager	Familien	Personen	Männer	Frauen	Kinder 0-18 J. m.	w.	Jugendl. 19-21 J. m.	w.
1. Alte Festung	19	110	14	19	33	30	6	8
2. Solomit	172	715	144	160	193	186	15	17
3. Kollhorst	48	215	36	51	66	45	10	7
4. Auberg	6	31	7	9	7	5	2	1
5. Timmerberg	50	261	47	50	57	79	16	12
6. Julienlust	6	24	9	8	-	3	3	1
7. Heisterbusch	49	276	43	51	84	81	11	6
8. Grüffkamp	33	193	22	34	74	59	1	3
9. Russee	4	22	4	4	7	5	2	-
10. Moorsee	3	16	7	3	1	4	1	-
Gesamt	**390**	**1863**	**333**	**389**	**522**	**497**	**67**	**55**
11. Rundweg*	40	235	43	41	48	59	22	22
Gesamt	**430**	**2098**	**376**	**430**	**570**	**556**	**89**	**77**

*Das Lager Rundweg war das Sinti-Lager der Stadt Kiel

Die durchschnittliche Familiengröße betrug fünf bis sechs Personen (maximal 13). Auf die einzelnen Lagerbewohner entfielen eine Wohnfläche von ca. 4 bis 5 qm. 83 der 2098 Lagerbewohner waren über 60 Jahre alt. Kindertagesstätten gab es in den Lagern Alte Festung, Grüffkamp, Auberg, Rundweg und Solomit. Seit dem 1.September 1970 wurden die Kinder aus der Obdachlosensiedlung Heisterbusch von zwei hauptamtlichen Kräften nachmittags in den Räumen der Gorch-Fock-Schule betreut. Für die Kinder des Lagers Kollhorst führte die evangelische Kirche mit finanzieller Unterstützung seitens der Stadt eine Kinderbetreuung durch.

Daß die Gründung der IKW auch auf den sogenannten „Hochhuth-Brief" zurückging, geht eindeutig aus einem Flugblatt der Initiative hervor, das noch vor der Gründungsversammlung verteilt wurde:

„Auch Sie werden von dem umstrittenen Brief des Schriftstellers Hochhuth an den Bundeskanzler, in dem er u.a. auf die Situation der Kieler Wohnlager hinweist, gehört haben. Wenn auch Sie sich für die soziale Situation benachteiligter Minderheiten in unserer Gesellschaft interessieren, werden Sie bei dieser Gelegenheit durch die in Brief und Diskussion offenkundig gewordene Lage der Obdachlosen in der Stadt Kiel überrascht und betroffen worden sein."[3]

Worum ging es bei dem Hochhuth-Brief? Der Spiegel vom 26. Juli 1971/Nr. 31 hatte einen Brief veröffentlicht, den der Dramatiker Rolf Hochhuth anläßlich einer Party des Rowohlt-Verlages dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt übergeben hatte. (Neben anderen Hochhuth-Briefen und -Artikeln

[3] Flugblatt der IKW: Aufruf zur Teilnahme an der Gründungsversammlung.

Der Dramatiker Rolf Hochhuth (rechts) besichtigt im November 1983 auf Einladung des Kieler Arztes Dr. Jürgen Stegen (links von ihm) das Lager Solomit.

wurde auch dieser Brief in dem Rowohlt-Taschenbuch „Krieg und Klassenkrieg" veröffentlicht.)In diesem Brief hieß es u.a.:

„In Kiel ‚besitzen' 193 Menschen, denen heute noch Eimer-Klos zugemutet werden, eine einzige Wasserzapfstelle. Sechzig Prozent dieser Menschen sind Kinder. Die Stadt Kiel hat in zwölf Jahren insgesamt knapp vier Millionen Mark für Obdachlose ausgegeben; jetzt zahlt sie auf einem Brett sieben Millionen als ihren Anteil für den siebzig Millionen kostenden Olympiahafen Schilksee. Sehr bald genügt der Mehrzahl der Deklassierten, daß sie eine ‚heile' Welt wenigstens als Zaungast ansehen darf, um ihre eigene zu vergessen: die des Fernsehens. Die Kinder der in Gettos Abgeschobenen sind zwar immerhin Gott sei Dank noch aggressiv — doch findet ihre Rebellionskraft schon keine vernünftigen Ziele mehr: Sie werden — bestenfalls noch — zu Schlägern, anstatt Revolutionäre zu werden. Es ist eine Demütigung für das ganze Menschengeschlecht, daß die Kinder, die in diesen Löchern ihre wertvollsten Jahre verdämmern, nicht wenigstens mehr den Willen aufbringen, wenn sie zwanzig Jahre alt sind, jene Kommunalpolitiker zu ermorden, die sie erst dorthin verbannt haben."[4]

Aufgrund dieser massiven Vorwürfe stellte die CDU-Ratsherren-Fraktion in der Kieler Ratsversammlung den Antrag, *„gegen den Schriftsteller Rolf Hochhuth Strafanzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung, Verleumdung, übler Nachrede und Beleidigung gem. §§ 130, 187, 186 und 185 StGB zu stellen".*[5]

Dieser Antrag wurde mit 25 gegen 16 Stimmen von der Rats-

[4] Hochhuth-Brief, u.a. veröffentlicht im Spiegel Nr. 31 vom 26.7.1971.

[5] Drucksache 305: Antrag der CDU-Fraktion vom 26.8.1971.

Zwei Strafanzeigen gegen Hochhuth

KN 9.9.71

Kieler CDU-Fraktion und Wiesbadener Kommunalpolitiker zeigen den Schriftsteller bei den Staatsanwaltschaften an

(hg) Jetzt kommt es doch zu einer Strafanzeige gegen den Schriftsteller Rolf Hochhuth. Nachdem die Kieler CDU-Ratsherrenfraktion — wie berichtet — mit einem entsprechenden Antrag in der letzten Sitzung der Ratsversammlung bei der SPD-Mehrheit keine Unterstützung fand, hat sie selbst Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel gestellt. Eine zweite Anzeige kam, wie gestern die Deutsche Presseagentur (dpa) meldete, vom Wiesbadener CDU-Kommunalpolitiker Wolf-Dieter Firnhaber.

Hochheim (links) contra Hochhuth

Ursache sind die Äußerungen des Schriftstellers über Kieler Obdachlosenlager in einem Brief an Bundeskanzler Brandt im „Spiegel", der jetzt auch in einem Buch veröffentlicht wurde. (Die KN berichteten ausführlich darüber). Hochhuth stellte darin Behauptungen auf, die von der Kieler Ratsversammlung einmütig als falsch zurückgewiesen wurden. Einer der Kernsätze aus dem Brief: „Es ist eine Demütigung für das ganze Menschengeschlecht, daß die Kinder, die in diesen Löchern ihre wertvollsten Jahre verdämmern, nicht wenigstens mehr den Willen aufbringen, wenn sie zwanzig Jahre alt sind, jene Kommunalpolitiker zu ermorden, die sie einst dorthin verbannt haben."

Die Strafanzeige der CDU wird von Rechtsanwalt und Notar Wolfgang Hochheim und den Mitgliedern der Ratsherrenfraktion, vertreten durch Fraktionsvorstand, gestellt. Sie bezieht sich auf Volksverhetzung, Aufforderung zu strafbaren Handlungen, Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung. Gleichzeitig werden die erforderlichen Strafanträge gestellt.

In der Begründung heißt es u. a., daß gegen den Beschuldigten wegen der völlig unqualifizierten und schwerwiegenden Vorwürfe umgehend ein Strafverfahren eingeleitet werden müsse. Wegen der Bedeutung und Verbreitung des Artikels müsse auch hinsichtlich der Strafantragsdelikte öffentliches Interesse angenommen werden.

Der stellvertretende Vorsitzende der Wiesbadener CDU, Wolf-Dieter Firnhaber, schreibt laut dpa in der Begründung seiner Anzeige wegen Anstiftung zu einem Verbrechen u. a., in einer Zeit, da Menschen in allen Lebensbereichen zu einer Waffe griffen, um kriminelle und politische Ziele durchzusetzen, sei es „ein unerklärlicher Leichtsinn, wenn ein bekannter deutscher Schriftsteller junge Leute dazu aufruft, möglicherweise Kommunalpolitiker zu ermorden". Firnhabers Anzeige wurde an die Staatsanwaltschaft in Hamburg weitergeleitet.

Die Kieler CDU-Fraktion richtete ihr Schreiben an die Staatsanwaltschaft Kiel. Wie Fraktionsvorsitzender Hochheim sagte, habe man mehrere Tage lang versucht, den zweiten (deutschen) Wohnsitz des in Basel lebenden Schriftstellers festzustellen, um gleich die zuständige Staatsanwaltschaft mit der Anzeige befassen zu können.

Kieler Nachrichten vom 9. September 1971.

versammlung abgelehnt. In der von der Ratsversammlung geforderten Pressemitteilung hieß es u.a.:

„Die Behauptungen sind nicht richtig. Richtig ist vielmehr, daß in allen Obdachlosenlagern mehrere Wasserzapfstellen für die Bewohner vorhanden sind und daß von 376 obdachlosen Familien 194 Familien eine eigene Wasserzapf- und Schüttstelle innerhalb ihrer Wohnräume haben. Völlig unverständlich und daher irreführend ist die genannte Summe von knapp 4 Millionen DM, die angeblich von der Stadt Kiel in den letzten 12 Jahren insgesamt für Obdachlose geleistet worden sein soll. Es wurden allein für die Errichtung von Ersatzbauten zur Unterbringung obdachloser Familien von der Stadt Kiel bisher 4,2 Millionen DM aufgewendet. Darin nicht enthalten sind alle weiteren Kosten und Leistungen der Stadt, die für diesen Personenkreis laufend alljährlich aufzubringen sind. So sind u.a. für die Obdachloseneinrichtungen jährlich zu leisten:

1. *Unterhaltung der Baulichkeiten und Anlagen rd. 250.000 DM*
2. *Bewirtschaftung der Liegenschaften rd. 180.000 DM*
3. *Zinsen und Schuldendienst rd. 260.000 DM*

Hinzugerechnet werden müssen noch die nicht unerheblichen Personalkosten für die zahlreichen Kinder- und Jugendeinrichtungen innerhalb der Lager. Es ist völlig abwegig, die Kosten für die Obdachlosen im Vergleich zu dem Kostenanteil der Stadt für die olympischen Segelwettbewerbe zu bringen."

Der Spiegel, dem die Pressemitteilung ebenfalls übermittelt

worden war, reagierte mit einem Artikel, der die Überschrift trug „Dummheit der Worte“:

„Die 19 CDU-Ratsherren der Stadt Kiel taten, als fürchteten sie um ihr Leben. Anlaß gab ihnen ein Brief, den der Schriftsteller Rolf Hochhuth, 40 (‚Der Stellvertreter‘, ‚Die Soldaten‘), im Frühjahr an Willy Brandt gerichtet hatte. Aus dem Schreiben, das der Spiegel in Heft 31/1971 auszugsweise und als Vorabdruck aus einem Hochhuth-Buch veröffentlichte, lasen die Christdemokraten eine Aufforderung an minderjährige Insassen von Obdachlosenlagern heraus, sie sollten, ‚wenn sie 20 Jahre alt seien, die Kommunalpolitiker ermorden, die sie dort hingebracht hätten‘. Das Stadtparlament solle daher, forderte letzte Woche die CDU-Fraktion, Hochhuth wegen ‚Volksverhetzung‘ belangen. Mehr noch als die Mord-Passage hat die CDU offenbar empört, daß Hochhuth seine Gedanken ‚am Beispiel‘ Kiels verdeutlichte. Denn in Kiel stellt die CDU seit Jahren den ehrenamtlichen Dezernenten des für Obdachlosenlager zuständigen Amtes für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Hochhuth hatte dem Bundeskanzler mitgeteilt, in Kiel besäßen ‚193 Menschen, denen heute noch Eimer-Klos zugemutet werden, eine einzige Wasserzapfstelle‘. Empört versicherte CDU-Fraktionschef Wolfgang Hochheim, ein derartiges Lager habe es in Kiel ‚nie gegeben‘. Und tatsächlich gab es in der im August letzten Jahres von 193 Menschen bewohnten Obdachlosenunterkunft Grüffkamp (Brauner Berg) außer einem Wasserhahn (neben dem Klosett) noch zwei weitere Zapfstellen — in der Waschküche und im Heizungskeller. Diese drei Hähne wurden durch vier neue ersetzt — eine soziale Errungenschaft, dank derer es nun — bei mittlerweile 185 Bewohnern — einen Wasseranschluß für 46,2 statt für 64,3 Menschen gibt. Eimerklosetts, wie Hochhuth sie erwähnt, sind zwar in zwei Kieler Lagern — in Julienlust und Kollhorst — Standard, nicht aber in Grüffkamp. Dort nämlich, so hebt die Behörde hervor, wird den Bewohnern schon mehr Hygiene-Komfort geboten: Der Grüffkamp-Abtritt (ohne Wasserspülung) befindet sich, offenbar sehr praktisch, gleich ‚über einer Klärgrube‘... Die Rathaus-SPD, mit 30 von 49 Sitzen Inhaber der absoluten Mehrheit im Stadtparlament, zeigt bislang wenig Neigung, sich der Anzeige gegen Hochhuth anzuschließen. SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Quade begnügte sich mit einem Hinweis auf die ‚Dummheit der Worte‘ Hochhuths, die man aber ‚einem Schriftsteller wohl durchgehen lassen‘ müsse. Zu massiveren Vergeltungsaktionen werden sich die Genossen kaum entschließen. Ihr Parteichef Willy Brandt hatte dem Kommunenkritiker Hochhuth schon am 19. April lobend geantwortet:

‚Ich begrüße es sehr, daß Sie sich dieses wichtigen Themas angenommen haben. Wie Sie richtig bemerken, sind bisher alle Versuche fehlgeschlagen, die Probleme der Obdachlosen zufriedenstellend zu lösen.‘“

Ein soziales Problem, scheinbar nur kommunalpolitischer Art, hatte bundesweite Medienaufmerksamkeit erlangt.

Vor und nach der Gründung der IKW arbeiteten eine Reihe

Lager Kollhorst: Ein Mantel soll die Pumpe vor dem Einfrieren schützen.
Linke Seite oben: Die am Falckensteiner Deichweg gelegene Festung Friedrichsort diente nach 1945 zunächst als Flüchtlingsunterkunft und ab 1958 der Unterbringung exmittierter Personen. Die Kasematte I (Foto) blieb bis 1974 Obdachlosenunterkunft.
Linke Seite unten: Zerstörte Baracke aus dem Lager Solomit.

von Gruppen in den Kieler Obdachlosenlagern. Im November 1969 war z.B. die Projektgruppe Brauner Berg (Grüffkamp 111) von Kieler Jungsozialisten gegründet worden. Die Jungsozialisten wollten mit einer Doppelstrategie die Lösung anstehender Probleme in dem Obdachlosenlager sowohl auf Verwaltungs- als auch auf politischer Ebene durch die Mobilisierung und Motivierung der Lagerbewohner herbeiführen.

Für das Lager Friedhofstr. 36 (Solomit) schloß sich 1972 eine Bürgerinitiative Gruppe 14 zusammen. Diese hauptsächlich aus Studenten bestehende Gruppe wollte ebenfalls von der theoretischen zur praktischen Arbeit wechseln. Im Dezember 1973 wurde die Kinderinitiativgruppe Solomit von drei Studentinnen der Psychologie bzw. Sonderpädagogik gegründet. (Die Anregung dazu ging von dem im Wohnlager Friedhofstr. 36 tätigen Pastor Heinz-Ulrich Thiel aus.) Daneben waren andere Gruppen, besonders von der Fachhochschule für Sozialwesen, in den Kieler Obdachlosenlagern tätig.

Die IKW wandte sich im November 1971 mit einem offenen Brief an den damaligen Kieler Oberbürgermeister (OB) Bantzer. Der Sprecher der Initiative, Fachhochschuldozent Wilhelm Meier, forderte in dem Schreiben den OB auf, die beiden Lager Kollhorst und Grüffkamp bis zum 31. März 1972 aufzulösen und die dort lebenden Familien menschenwürdig unterzubringen, um ihre *„aufgestaute Verzweiflung abzubauen"*. Die IKW machte darauf aufmerksam, daß die Bewohner der Lager jetzt der Witterung schonungslos ausgeliefert seien: Fenster und Türen seien undicht und die Öfen in schlechtem Zustand. Auch die sanitären Anlagen und die Rattenplage in den Lagern seien geradezu katastrophal. Den Bewohnern sei es untersagt, ihre Wäsche in den engen und feuchten Wohnungen zu waschen und zu trocknen. Sie dürften aber auch keine Wasch- oder Trockenautomaten aufstellen, und im Lager Heisterbusch habe man jetzt *„wegen Frostgefahr"* die Gemeinschaftswaschküche gesperrt. Wenn dann noch der elektrische Strom bei Nichtzahlung der Stromkosten abgeschaltet werde, entstünden unhaltbare Zustände. Die Initiative sah diese Verhältnisse als *„unangemessene Strafmaßnahme"* an, unter der zumindest die Kinder unschuldig leiden müßten. Nach den Vorstellungen der IKW sollten in die zur Räumung bestimmten Lager Kollhorst und Grüffkamp keine Familien mehr eingewiesen werden. Die noch dort wohnenden Familien sollten in die freistehenden Wohnungen des sich in besserem Zustand befindlichen Wohnlagers Friedhofstr. 36 überführt werden. Für andere, die dazu bereit und in der Lage seien, sollte die Stadt Wohnungsbaudarlehen gewähren oder Mietgarantien für zwei Jahre übernehmen. Die alleinstehenden Rentner und Sozialhilfeempfänger, die noch in Kollhorst wohnten, könnten ohne allzu große Schwierigkeiten auch anderweitig untergebracht werden. Bei dieser Umsiedlung, so die IKW, müsse die Stadt dafür sorgen, daß den Familien in Wohnlagern pro Person wenigstens 4 qm Raum zugeteilt werden.

Die IKW wünschte außerdem, daß sofort Spültoiletten, Duschgelegenheiten und Wasserzapfstellen installiert werden — zunächst mobile Toiletten und Waschgelegenheiten, um das

größte Elend zu überwinden. Auch sollten alle Notunterkünfte Stromanschluß erhalten. Die Lagerordnung von 1956 bedürfe dringend einer Neufassung. Es waren aber nicht nur diese Einzelforderungen, mit denen die Initiative sich an die Öffentlichkeit wie an die städtischen Verantwortlichen wandte: Die IKW forderte zur Lösung des Kieler Obdachlosenproblems die Entwicklung einer Konzeption. Diese Arbeit könne ein Arbeitskreis übernehmen, der die Maßnahmen zur Obdachlosenhilfe koordiniere. Die IKW bot dazu ihre Hilfe an.

In einem Antwortschreiben des OB hieß es u.a.:

„Meine persönliche Meinung ist die, daß sicherlich Verbesserungen in den Wohnlagern Kiels wünschenswert sind. Es wird immer wieder der Eindruck erweckt, als seien mir die Zustände unbekannt. Das ist nicht zutreffend. Ich weiß, wie es dort aussieht. Sie können versichert sein, daß ich mich dafür einsetze, dort zu helfen, wo es von der Sache her gerechtfertigt ist. Soweit ich die Dinge übersehe, handelt es sich bei ihrem Wunschkatalog um Maßnahmen, die mit dem Aufwand erheblicher finanzieller Mittel verbunden sind, wobei ich insbesondere an den Wohnungsbau denke. Darüber muß die Ratsversammlung entscheiden, das kann weder der OB noch der Magistrat."[6] Eine freundliche, aber unverbindliche Antwort, die sicher nicht als Kurswechsel in Sachen Obdachlosen politisch verstanden werden kann.

In einer Bestandsaufnahme „Was will die IKW" aus dem Jahr 1973 wird folgendes Fazit der ersten Aktivitäten gezogen:

„Im September 1971 schlossen sich verschiedene Gruppen, die in Wohnlagern freiwillig bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mithalfen, zu einem Verein zusammen. Zu diesen Gruppen zählten die Jungsozialisten, die im HOT in Grüffkamp Jugendliche betreuten, die Studenten der Fachhochschule, die in Heisterbusch und Timmerberg Schularbeitenhilfe gaben, Terre des Hommes, die in Heisterbusch eine Kinderstube unterhielt, und Studenten der Universität, die in der kirchlichen Kinderstube in Kollhorst arbeiteten. Es war notwendig, aus vielen kleinen Gruppen eine einzige große und mächtige Gruppe zu machen, deren Forderungen an die Stadt besser Gehör finden würde. Nach der Gründung des Vereins wurde ein Programm erarbeitet, das mit einer Reihe von Forderungen an die Stadt eröffnet wurde. Unter diesen Forderungen stand an erster Stelle die Forderung nach umgehender Auflösung der Lager Kollhorst, Grüffkamp und Alte Festung. Außerdem wurde eine neue Lagerordnung gefordert und die Bildung eines Planungsausschusses aus Vertretern der Stadt und der IKW vorgeschlagen, über den Obdachlose selber an Planungen der Stadt mitwirken sollten. Kollhorst ist inzwischen — wenn auch viel später als gefordert — aufgelöst. Grüffkamp soll in diesem Jahr aufgelöst werden. Die Lagerordnung, für die unser Verein einen mit Obdachlosen ausgearbeiteten neuen Entwurf eingereicht hatte, ist trotz mehrfacher Versprechungen nicht weiter behandelt worden. Der Planungsausschuß wurde gebildet, was von uns allen als eindeutiger Fortschritt in unserem Verhältnis zur Stadt gewertet wurde."[7]

[6] Brief des OB Bantzer an die IKW vom 8.11.1971.

[7] Kieler Kurier vom Juni 1973, Nr.3, S. 4f., (Zeitung der IKW).

(Der Planungsausschuß, der 1972 gegründet wurde, setzte sich aus vier Vertretern der IKW und den Amtsleitern des Sozialamts, Jugendamts, Amtes für Familienfürsorge und des Gesundheitsamts zusammen. Vorsitzender war der Sozialdezernent der Stadt. Der Planungsausschuß hatte eine beratende Funktion, er war nicht weisungsberechtigt. Allerdings durfte die Stadt keine Aktivitäten, die die Belange der Obdachlosen berührten, ohne Befragung des Ausschusses vornehmen.)

Über die innere Struktur der IKW gibt der Bericht an anderer Stelle Auskunft:

„Die IKW hat heute [1973] *160 Mitglieder; obwohl es innerhalb der Mitgliedschaft an wissenschaftlicher Beratung durch Pädagogen, Psychologen, Juristen, Theologen und Soziologen nie gefehlt hat, wird die praktische Arbeit von den Gruppen getragen, die sich aus erfahrenen Laien aller Bevölkerungsschichten zusammensetzen."*

Erfolge und weitere Perspektiven der Arbeit werden so umrissen:

„Seit Bestehen des Vereins wurden 3 Lager aufgelöst, so daß heute von anfangs ca. 1.800 Obdachlosen in 6 Lagern noch ca. 1.000 Obdachlose in 3 Lagern leben. Neben der Auflösung der 3 Lager und dem Einsatz des Gemeinwesenarbeiters wurden auf Betreiben der IKW viele Verbesserungen in den Lagern durchgeführt. Vor allem wurde ein Mitspracherecht der Bewohner erwirkt. [Hier ist der Lagerbeirat gemeint, der wöchentlich tagte und die anliegenden Probleme und Aufgaben besprach. Seine Aufgaben waren: Mitsprache im Planungsbeirat für Obdachlosenfragen der Stadt Kiel, Mitentscheidung über ausziehende und innerhalb der Wohnstätte umziehende Familien sowie Information über Einweisungen, Planung und Durchführung von Bewohnerversammlungen, Beschaffung von Möbeln und Kleidung für die Bewohner, gelegentliche Fahrten mit Jugendlichen und Erwachsenen zu Veranstaltungen außerhalb des Lagers, Aufsicht über das mit Unterbrechungen geöffnete Jugendzentrum, Hilfe und Unterstützung bei der Lösung individueller Probleme von Bewohnern, soweit sie den Lagerbeirat direkt ansprechen, und Diskussionen über die Konzeption grundsätzlicher Maßnahmen in der Obdachlosenhilfe. — d.A.] *Nach Seminaren und monatlichen Diskussionsveranstaltungen sowie dem Erstellen eines Konzeptes der Obdachlosenarbeit liegt der Schwerpunkt der Arbeit jetzt mehr in der Aktivierung der Bewohner, damit diese ihre berechtigten Forderungen selbst vertreten können. Die IKW versteht sich heute weniger als ‚karitative Hilfstruppe', sondern vielmehr als ‚sozialpolitische Organisation', ohne daß dadurch die persönliche Sorge für die im Lager lebenden außer acht gelassen wird. Die Gruppen der IKW betreuen Kinder (Lernhilfe, Spiele, Ferienfahrten), Jugendliche (Jugendabende, Beatabende, Werken, Gespräche) und Erwachsene (Elternabende, Feste, Sport und Spiel). Die Stadt Kiel hat vorerst für 1973 einen Verwaltungskostenzuschuß von 3000 DM gezahlt; die IKW erhält einige wenige Sach- und Geldspenden aus der Bevölkerung und nimmt den monatlichen Mitgliedsbeitrag von 1 DM ein. Mit diesen Einnahmen unterstützt die IKW hauptsächlich die*

Gruppenaktivitäten in den Lagern, finanziert ihr Öffentlichkeitsorgan (Kieler Kurier) und das Büromaterial."[8]
Die Arbeit der IKW hatte auf die politische Ebene zunehmend Erfolge zu verzeichnen. Ein Parteitag der Kieler SPD beschloß, alle Lager — bis auf eines — aufzulösen. Später verabschiedete die Ratsversammlung einen Kreisentwicklungsplan, der die Formulierung *„Auflösung aller Kieler Lager"* enthielt. 1975 waren bis auf die „Notunterkunft Solomit" in der Tat alle übrigen Lager aufgelöst. Erfolge, die wohl nicht zuletzt die IKW für sich verbuchen wollte. Ihr war es auch gelungen, die Betroffenen selbst zu Aktivitäten zu mobilisieren und die Mittel der Öffentlichkeitsarbeit auszuschöpfen.

In einem Bericht aus dem Jahr 1975 wird von der IKW aber auch vermerkt: *„Trotz ständiger Vorschläge von seiten der IKW gelang es nie, die Auflösung der Lager durch intensive sozialpädagogische Betreuung und soziographische Auswahl der Wohnungen nach einem optimalen System durchzuführen. Die Auswahl der ausziehenden Familien, die Qualität und der Standort der Wohnungen waren meist Produkte des Zufalls. So war zu beobachten, daß massiert Familien in einem Neubauviertel (Mettenhof) angesiedelt wurden, weil gerade dort eben ausreichend Wohnungen zur Verfügung standen. Ebenso massiert fanden sich Bewohner von Notunterkünften in einer Wohngegend wieder, die in Kiel einen extrem negativen Ruf hat. Zu Beginn der Auflösungen wurde der massivste Fehler begangen. 40 Lagerfamilien wurden einfach in 5 neu erbaute Häuser im Stadtteil Wellingdorf umgesiedelt. Daß sich hier trotz der besseren Wohnungen sofort ein neues Lagerimage entwickelte, ist sicher nicht verwunderlich. Dies war auch der Anlaß für den erstmaligen Einsatz eines Sozialarbeiters als Gemeinwesenarbeiter. Immerhin gelang es ihm, durch intensive Nachbarschaftsarbeiten, Ansätze von Integration dieser Menschen in ihrer neuen Umgebung zu erreichen. Schätzungsweise 90% aller ausgezogenen Familien finden sich in der neuen Situation zurecht. Unser Hauptproblem bleibt jetzt das verbliebene Lager Solomit. Zwar hat es auch hier schon deutliche Fortschritte gegeben, z.B. Zusammenlegung der Wohneinheiten, teilweise Isolierung der Fußböden und Duschkabinen-Einbau sowie fortschrittliche Richtlinien für die Wahl und die Mitsprache der Lagerbeiräte, doch sind wir damit dem Endziel, der Auflösung auch dieses Lagers, noch keinen Schritt näher gekommen. Im Gegenteil, eine Diskussion im Sozialausschuß der Stadt Kiel machte uns deutlich, daß man ein Obdachlosenlager immer noch als ein notwendiges Instrument der Disziplinierung bzw. Abschreckung betrachtet, mit dem sozial schwache Familien davon abgehalten werden sollen, sich so zu verhalten, daß ihnen ihre Wohnung gekündigt wird. Wir vertreten dagegen die Auffassung, daß ebensowenig wie die Strafandrohung den Verbrecher von seiner Tat abhält, auch ein Lager keine abschreckende Wirkung hat... Dagegen haben die Erfahrungen bei der Lagerauflösung gezeigt, daß mindestens 90% der Familien sehr viel stärker sind, als man annimmt, wenn sie positiv konditioniert werden. Für uns heißt das, versagenden*

[8] Schreiben der IKW an den Bundespräsidenten vom 29.11.1973.

Die zwischen 1956 und 1965 errichteten Schlichtwohnungen im Obdachlosenlager Solomit verfügten weder über Duschen noch Badewannen. Die Gemeinschaftsbadewanne im Haus der offenen Tür konnte nur zu bestimmten Zeiten benutzt werden.

Familien müßte mit einer neuen Wohnung in einer neuen Umgebung, bei positiv aufmunternder sozialpädagogischer Betreuung, immer wieder die Chance für einen neuen Start gegeben werden... Allein die Existenz eines Lagers verführt Verwaltung und Sozialarbeit dazu, diese einfache Lösung des Abschiebens schwieriger Familien auch zu nutzen, ohne vorher alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben."[9]

Das Sozialamt hatte sich inzwischen verstärkt darum bemüht, Obdachlosigkeit zu verhindern. Aber auch neue Richtlinien führten noch nicht dazu, daß Einweisungen ins Lager ausblieben. Der Bericht mutmaßte seinerzeit:

„Nach vertraulichen, aber inoffiziellen Informationen soll das Lager Solomit noch 7 bis 10 Jahre stehen bleiben. Dieser Plan bedeutet für die gesamte Arbeit mit Obdachlosen in Kiel nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt. Durch die neuen Richtlinien und die allgemein angespannte finanzielle Lage der Bevölkerung wird dieses Lager wieder bald voll sein und die Notwendigkeit, ein neues zu gründen, diskutiert werden. Demgegenüber steht unser Plan der Auflösung bis in spätestens drei Jahren und der Verhinderung von Neueinweisung durch die Einrichtung eines ständigen Kontingents leerstehender Wohnungen, die ständig wechseln — um damit einer neuerlichen Ballung sozial schwacher Familien entgegenzuwirken. Das sind aber nicht die einzigen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben. Die Propstei Kiel, die sich bisher in vorbildlicher Weise durch die Person von Herrn Pastor Thiel um die Obdachlosen kümmerte, hat den Dienstvertrag mit Herrn Thiel nicht verlängert. Obwohl Herr Thiel in den letzten Jahren der Motor der Obdachlosenarbeit in Kiel war. Mit Herrn

[9] Schreiben der IKW an die Frau des Bundespräsidenten, Hilda Heinemann, vom 18.9.1975.

Thiel zog sich die Propstei auch aus der Finanzierung der Sachkosten zurück. So bekommen wir kein Geld mehr für gelegentliche Informationsausflüge des Lagerbeirates in benachbarte Städte oder die Teilnahme an Tagungen oder die Finanzierung von Flugblättern und sonstigem Informationsmaterial."

Die Arbeit der IKW spiegelt die Entwicklung der Kieler Wohnlager in den 70er Jahren wider. Eine Chronologie macht dies deutlich:

29.9.71: Gründung der IKW durch Studenten, Erzieher, engagierte Bürger und betroffene Obdachlose. Die Mitgliederzahlen bewegen sich zwischen 90 und 200 (1971-77).

1.11.71: erste Aktionen: Offener Brief an den OB der Stadt Kiel, Flugblätter, Infostände (parallel dazu laufen die Arbeiten der einzelnen Gruppen: Schularbeitenhilfe, Kinderbetreuung etc.).

14.7.72: erste Tagung des Planungsausschusses, in dem Vertreter der Verwaltung, der Städtischen Sozialarbeit und der IKW zusammenarbeiten. Ebenfalls im Juli 1972 werden innerhalb der IKW Arbeitsgruppen gebildet (Gesundheit, Information, Lagerordnung).

27.8.72: Flugblattaktion zur Olympiade.

18.1.73: Kollhorst wird geräumt und von der Feuerwehr abgebrannt. Einige Bewohner werden, trotz Protest der IKW, in andere Lager gebracht.

1.2.73: Pastor Ulrich Thiel wird Lagerseelsorger mit dem Ziel, gemeinsam mit den anderen Initiativgruppen Arbeitskreise zu organisieren, um die Bewohner für Eigeninitiativen zu gewinnen.

Im Januar 1973 wurde das Lager Kollhorst von der Kieler Berufsfeuerwehr „abgefackelt".

1.6.73: In einer Baracke des Lagers Solomit wird ein Büro eingerichtet. Neben der Jugendgruppe im eigenen Freizeitzentrum gibt es eine Box-Gruppe, eine Fußballmannschaft und eine Gymnastikgruppe. Es finden regelmäßige Bewohnerversammlungen statt.

3.10.73: Die IKW unterstützt die Bewohner des Lagers Solomit bei ihrer Forderung nach einem totalen Aufnahmestopp.

30.10.73: Auflösung des Lagers Brauner Berg (Grüffkamp 111).

24.10.73: Nach langem Ringen werden vom Sozialdezernenten im Lager Solomit 30 Wohnungen zur Verfügung gestellt. Acht Wohnungen sollen als Reserve der Stadt verfügbar bleiben. Auf einen Einweisungsstopp legt sich die Stadt nicht fest.

11.2.74: Mit Spruchbändern und Straßensperren wehren sich die Bewohner Solomits gegen den Zuzug einer Familie. Die IKW unterstützt diese Aktion.

18.8.74: Unter Mithilfe der IKW findet im Lager Solomit ein Sommerfest statt.

16.5.75: Im Lager Solomit findet ein Tag der offenen Tür statt.

7.11.75: Die Lager Timmerberg und Heisterbusch werden aufgelöst. Damit ist das Lager Solomit das letzte Obdachlosenlager Kiels.

15.12.75: Die IKW schließt sich mit anderen Kieler Bürgerinitiativen zum Arbeitskreis Kieler Bürgerinitiativen (AKB) zusammen.

Im März 1975 forderten die Lagerbewohner Solomits die Auflösung des Lagers.

16.2.76: Mitglieder der IKW und Bewohner des Lagers Solomit demonstrieren vor dem Rathaus und übermitteln OB Bantzer und Stadtpräsident Sauerbaum die Forderung „Hans Ising muß in Solomit bleiben". Um den Einsatz des Gemeinwesenarbeiters hatte es in der Vergangenheit erhebliche Differenzen gegeben. Nach einem Beschluß des Sozialausschusses der Ratsversammlung sollte sich der Gemeinwesenarbeiter ausschließlich um ehemalige Obdachlose kümmern. Die IKW war der Ansicht, daß sich der Gemeinwesenarbeiter sowohl mit Obdachlosen als auch mit ehemaligen Obdachlosen beschäftigen sollte. Der Protest hatte letztlich keinen Erfolg.

Ab 1976 nahmen die Aktivitäten der IKW allmählich ab. Einzig die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wurde kontinuierlich weitergeführt. Probleme ergaben sich daraus, daß fast alle aktiven Lagerbewohner ausgezogen waren und die neu Eingewiesenen keinen Kontakt zur Initiative suchten. Fast alle Gruppen (Fußball, Gymnastik etc.) lösten sich auf. Mehrfach wurde der Versuch unternommen, neue Mitglieder für die Initiative zu gewinnen. In der Einladung zur Jahreshauptversammlung am 18.1.1978 heißt es ziemlich lapidar: *„Liebe Mitglieder der IKW! Da nach Meinung des Vorstandes die IKW in ihrer Arbeit praktisch aufgehört hat zu existieren, wollen wir die Auflösung der IKW zum 18.1.78 beantragen."*

Die Auflösung der IKW kam zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht zustande. Erst das Jahr 1984 kann als Auflösungsjahr genannt werden, allerdings eine Auflösung „von Amts wegen", denn im Vereinsregister heißt es: *„Der Verein ist infolge Wegfalls sämtlicher Mitglieder am 9. August 1984 erloschen."*

Ein Fazit über die Tätigkeit der IKW zu ziehen, fällt in Anbe-

1979 wurden die ersten Schlichtwohnungen des Lagers Solomit abgebrochen.

tracht der Komplexität der Arbeit der Initiative sehr schwer. Auch fehlt es an meßbaren Ergebnissen — wenn man einmal von den Lageraufl ösungen absieht. Ob die Lager wegen der IKW früher geräumt wurden, kann man bestenfalls vermuten. Tatsache ist aber, daß die IKW die Kritikfähigkeit der Lagerbewohner geschärft hat. Sie hat ihnen die Sprache wiedergegeben, die sie im Umgang mit den Behörden verloren hatten. Vielleicht kann die Einschätzung eines Mitarbeiters des Sozialamtes ein Fazit über die IKW ersetzen. Befragt, wie er die Arbeit der IKW sehe, meinte er: *„Sie hat uns ganz schön Druck gemacht."*